



Staats- und  
Universitätsbibliothek  
Bremen

# **Staats- und Universitätsbibliothek Bremen**

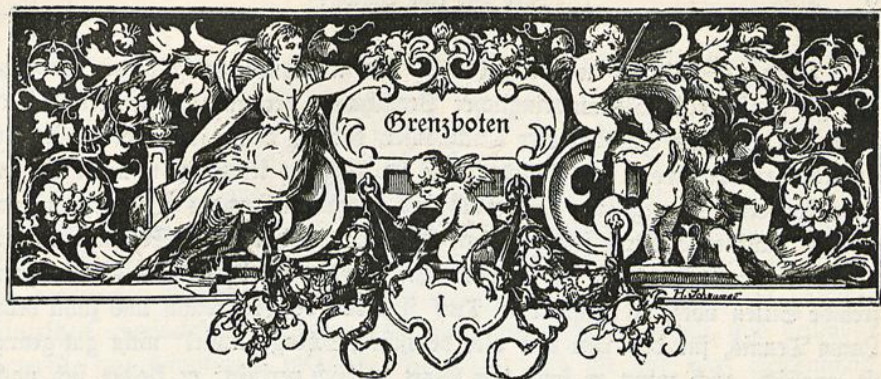
**DFG Projekt Die Grenzboten**

## **Die Grenzboten**

**Berlin u.a., 1841 - 1922**

\*: Sind wir eine Nation?

**urn:nbn:de:gbv:46:1-908**



## Sind wir eine Nation?

**S**ine seltsame Frage an der Schwelle des neuen Jahres, vierzig Jahre, nachdem die Gründung des Norddeutschen Bundes dem größten Teile des Vaterlandes eine neue Gesamtverfassung gegeben, sechsunddreißig Jahre nach der Kaiserproklamation von Versailles, die diese politische Neugestaltung glorreich abschloß, aber leider eine berechnete Frage, die uneingeschränkt zu bejahen unmöglich ist. Denn diese Jahrzehnte voll Arbeit und Erfolge haben nicht vermocht, die Deutschen des Reichs zu Reichsbürgern im vollen Sinne des Wortes zu machen, die Massen unsers Volkes zu einer in allen großen, die Lebensinteressen der Gesamtheit betreffenden Fragen einheitlich fühlenden, denkenden und wollenden politischen Gemeinschaft zusammenzuschweißen. Unsere Fähigkeiten haben eben niemals auf dem politischen Gebiete gelegen. Wir haben wirtschaftlich ungeheure Fortschritte gemacht, unsere Industrie, unser Handel stehen mit in erster Reihe, deutsche Arbeit, deutsches Kapital, deutsche Siedlungen, deutsche Missionen sind über die ganze Welt verbreitet, wir sind im Begriffe, ein reiches Volk zu werden, das Reich hat für die handarbeitenden Massen in einer so umfassenden Weise gesorgt, wie es sonst nirgends auch nur versucht worden ist, unsere Wissenschaft behauptet den ersten Rang in der Welt, unsere Verwaltung ist die redlichste und pünktlichste, die es gibt. Niemals ist auch das „Nationale“ auf allen möglichen Gebieten so beflissen und so nachdrücklich betont worden wie heute, vor allem in Kunst und Erziehung; es übt da sogar einen ähnlichen Zauber aus, wie die Schlagwörter „modern“, „Fortschritt“ u. a., und „was die Einbildung phantastisch schleppt in diesen dunkeln Namen, das bürdet sie den Sachen auf und Wesen“; eine Sache gilt für entschieden, wenn sie mit diesen Namen oder mit den entgegengesetzten, wie „rückständig“, „reaktionär“, bezeichnet werden kann, aber leider verschwinden für die meisten in einer Wolke von patriotischen und modernen Phrasen die Dinge selbst. Leider auch bei patriotischen Festen, die immer weit mehr unsere Stärke gewesen sind als patriotische Taten.

Denn wie steht es in Wirklichkeit? Im Auslande erscheint der Deutsche nur zu häufig bald als aufdringlicher Brahlhans, der auf alle andern Völker herabsieht, bald als charakterloser Duckmäuser, der sich willig jeder andern Nation unterordnet oder wohl gar einordnet, in sie aufgeht; keiner ist williger als er, seine Nationalität wegzuworfen, sobald ihm irgendein fremdes Volk, unter dem er lebt, nicht etwa durch seine Kultur, sondern nur durch sein Selbstbewußtsein imponiert, weil ihm selbst ein solches fehlt. Sogar im Vaterlande äfft er gern fremde Sitten nach, er spricht vom Turf statt von der Rennbahn und zählt beim Lawn Tennis, für das ihm das alte deutsche „Schlagballspiel“ nicht gut genug ist, englisch, auch wenn er sonst kein Wort englisch versteht; er kleidet sich nach englischer, Pariser, Wiener Mode; eine deutsche Mode scheint es nicht zu geben. Das ruhige, klare, selbstverständliche Nationalbewußtsein, das auf dem Bewußtsein der Macht und der Kultur beruht, fehlt noch zu oft, und so erregen wir bald den Spott, bald die Feindschaft der Fremden. Es ist eine Erbschaft unseliger Zeiten der Schmach und der Ohnmacht, aber auch eine Folge tiefgewurzelter Eigenschaften, die jene Zeiten viel mehr verschuldet haben als fremde Gewalt.

Die meisten Deutschen sind noch heute Deutsche mit irgendwelchem Vorbehalt, nicht Deutsche schlechtweg, mit dem Vorbehalt nämlich, daß das Reich und seine Regierung ihren persönlichen Ansichten, Vorurteilen, Idealen, Bedürfnissen entspricht, sonst verfallen sie der „Reichsverdroffenheit“, ein Wort und ein Begriff, der nirgends sonst auf der Welt existiert.

Daß die Einzelregierungen über ihren reichsverfassungsmäßigen Rechten, die übrigens kein Mensch antastet, wachen, ist in der Ordnung; aber bei aller Anerkennung ihrer Reichstreue muß es offen gesagt werden: nicht in der Ordnung ist es, daß in den regierenden Kreisen in allen Fragen, bei denen es sich um gemeinsame Einrichtungen handelt, die zwar notwendig, aber in der Reichsverfassung noch nicht vorgesehen sind, der beherrschende Gedanke ist und bleibt die ungeschmälerte Behauptung der einzelstaatlichen Selbständigkeit, nicht das Interesse der Gesamtheit des deutschen Volkes, für dessen Wohlfahrt das Reich gegründet worden ist. Und dabei sekundieren ihnen die Landesvertretungen, auch die liberalen Parteien, die ihren einzelstaatlichen Patriotismus beständig erweisen zu müssen glauben. Das ist ein Mangel des Bundesstaats, der sich einmal schwer rächen kann. Denn wenn ein häufig zitiertes Satz lautet: *In necessariis unitas, in dubiis libertas, in omnibus caritas*, so wird oft genug verkannt, daß der Umfang der *necessaria*, der Zweige des öffentlichen Lebens, vor allen der verkehrspolitischen, in denen die Einheit notwendig ist, beständig zunimmt, und daß deshalb die Reichsverfassung, deren Studium ein hoher Herr zuweilen empfiehlt, um sie vor allen angeblichen Verletzungen zu bewahren, notwendig fortgebildet werden muß, wenn sie nicht hinter den lebendigen Bedürfnissen zurückbleiben soll, wie einst die Verfassung des unseligen Deutschen Bundes. Oder soll der Zustand fort dauern, den die Not gebar, daß Fragen von nationaler Bedeutung immer wieder durch Staatsverträge zwischen den Einzelstaaten gelöst oder auch gar nicht gelöst werden?

Besteht aber nun irgendwo eine starke Strömung nach dieser Richtung? Gott bewahre! Praktisch steht die Mehrzahl der Deutschen noch immer auf dem alten halbpatriarchalischen Boden. Wir verstehen hier unter Partikularismus natürlich nicht die warme Anhänglichkeit an das Heimatland und an das angestammte Herrscherhaus; der hohe deutsche Adel ist immer wurzelecht gewesen und nicht durch Eroberung aufgepfropft; wir verstehen darunter die Neigung, sich in kleinen Kreisen selbstzufrieden abzuschließen, sich als etwas Besseres zu dünken als der nächste Nachbar, die politische Selbständigkeit um jeden Preis in jeder Einzelheit eiferfüchtig aufrecht zu erhalten, auch wenn Vernunft und gesundes Interesse das keineswegs gebieten. Und das wird oft mit einer Leidenschaft behandelt, als ob das Seelenheil davon abhinge. Die unglückliche Lippische Erbfolgefrage, die doch durch die Vereinigung beider Ländchen am einfachsten zu lösen gewesen wäre, erregte jahrelang ein endloses Gezänk und Spaltungen bis in die Familien hinein; die Braunschweiger haben sich noch immer nicht entschließen können, dem starren Trotz des Hauses Cumberland, das dort niemals regiert hat, und das seit vierzig Jahren nicht nur völlig außerhalb des Landes, sondern auch des Reiches steht, rundweg abzusagen und einen Herzog statt eines Regenten zu wählen, ein Definitivum statt eines Provisoriums zu schaffen; sie sind vielleicht so naiv, Preußen zuzumuten, sich dieses Provisorium auf Gott weiß wie lange gefallen zu lassen, und damit alle die Beunruhigung, die fürstlicher Starrsinn in einer seiner Provinzen lebendig erhält. Erlaubte sich doch der dortige Landesauschluß, das Deutsche Reich als ein Staatesgebilde zu bezeichnen, das auf den Säulen der Einzelstaaten beruhe, also offenbar deren Interessen vor allem berücksichtigen müsse, auch vor den Interessen der Gesamtheit. Sogar die beiden Nationen des Hauses Neuß denken keineswegs daran, sich beim bevorstehenden Aussterben der ältern Linie in Greiz unter der jüngern von Gera vereinigen zu lassen. Wahrhaftig, wenn es nach dem Bewußtsein des deutschen Volks gegangen wäre, so wäre die wohlthätige Fürstenrevolution von 1803 niemals gekommen, sondern wir hätten noch dieselbe lächerlich-unhaltbare Gebietsverteilung und -zersplitterung wie damals, und wie sie noch heute in Thüringen besteht, ohne daß dort ein Mensch im Ernst daran ginge, sie zu ändern oder ihre nachtheiligen Folgen zu mildern.

Da sagt man natürlich: Der schlimmste Partikularismus ist der preussische; wir tun ja gar nichts andres, als was Preußen tut; wir sind ganz gute Deutsche, wir wollen nur nicht unter preussischem Einflusse stehn, Preußen nichts zu Gefallen tun; Braunschweig und Lippe sind gerade so gut ein Staat wie Preußen; auf die Quadratmeter kommt es nicht an. Nun, eine gewisse Bedeutung für die Geltung eines Staats hat sein Umfang immerhin. Gewiß, es gibt einen unberechtigten preussischen Partikularismus, es gibt dort einflußreiche Kreise, die vom übrigen Deutschland nicht viel wissen wollen, die den außerpreussischen Deutschen die Wege zu Anstellungen, Prüfungen und dergleichen in Preußen möglichst verrammeln, die sogar Eisenbahn- und Kanalfragen lediglich vom preussischen Standpunkt aus behandeln. Aber es ist der Egoismus eines großen

Staats, der auf eine große und stolze Geschichte zurücksieht, ein Partikularismus, der sich auf 6400 Geviertmeilen von 10000 bezieht. Preußen in seinem jetzigen Umfange würde, auf sich selbst beschränkt, vollkommen imstande sein, sich als Großmacht zu behaupten und die kleinen norddeutschen Nachbarstaaten, die es einschließt oder begrenzt, ohne jede Bundesverfassung von sich unbedingt abhängig zu machen; es hat eine Reihe nationaler Aufgaben allein zu lösen und gelöst. Wenn es eine bundesstaatliche Ordnung für ganz Deutschland erstrebt und durchgesetzt hat, so hat es dabei deutsch, nicht preußisch gehandelt, und es hat dabei viel mehr gegeben als empfangen. Es hat sogar, indem es sich der Rechtsgesetzgebung auf einer Reihe von Gebieten des öffentlichen Lebens ebensogut unterwarf wie die Mittel- und Kleinstaaten, ebensogut wie diese auf seine volle Autonomie verzichtet, es kann im Bundesrat überstimmt werden, da es sich mit vierzehn Stimmen von achtundfünfzig begnügt, obwohl es fast zwei Drittel von Deutschland, und zwar die beiden zentralisierten Drittel umfaßt, und es ist mehrfach überstimmt worden, obwohl es gefährlich wäre, die rein formelle kleinstaatliche Mehrheit zu oft zu brauchen; es hat nach 1871 die Großmut gehabt, was man natürlich längst vergessen hat, die Verteilung der Kriegskostenentschädigung nach der Bevölkerungszahl statt nach den Kriegseleistungen zuzugestehen, zu seinem eignen Nachteil. Wer von preußischer Herrschsucht im heutigen Deutschland redet, der redet bewußt oder unbewußt die Unwahrheit. Zum Dank für diese Uneigennützigkeit und die sehr schonende Art, mit der es sein tatsächliches Übergewicht seinen Bundesgenossen gegenüber zur Geltung bringt, werden seine Verwaltung, überhaupt seine Verhältnisse in der außerpreußischen deutschen Presse, die im eignen engeren Vaterlande wahrlich genug zu tun fände, oft genug absprechend kritisiert. Sollen wir nun wünschen, daß sich das feste Gefüge des preußischen Staats löse, daß Preußen, wie die Phrase 1848/49 lautete, in Deutschland aufgehe? Das würde nicht nur der historischen Entwicklung seit 1866, die vielmehr preußische Einrichtungen über ganz Deutschland ausgedehnt hat, widersprechen, sondern es wäre in deutschem Interesse nicht einmal wünschenswert. Mit dem deutschen Reichstage ließe sich eine nationale Politik zum Beispiel gegenüber den Polen überhaupt gar nicht machen, hätte sich auch die Kirchengesetzgebung der Kulturkampfzeit nicht machen lassen, und für den Fall einer schweren Niederlage und einer feindlichen Okkupation, einer Feuerprobe, wie sie dem deutschen Bundesstaate zum Glück bisher erspart geblieben ist, aber schwerlich für immer erspart bleiben wird, würde der preußische Staat gerade in seiner Geschlossenheit, seinen monarchischen Traditionen und seinem starken Selbstbewußtsein das feste Bollwerk ganz Deutschlands sein, wie er schon jetzt ein solches ist gegen allzu starke demokratische Zeitströmungen. Jedenfalls hat der preußische Vorbehalt deutscher Gesinnung einen ganz andern Charakter als kleinstaatliche Vorbehalte dieser Art.

Gefährlicher als diese Vorbehalte sind die Vorbehalte der großen und kleinen Parteien. Daß man manche Parteien als „nationale“ bezeichnet, das

kommt doch nur in Deutschland vor. Aber auch diese Parteien haben einander oft genug in Parlament und Presse mit einer Erbitterung bekämpft, wie einander Städte und Adel im spätern Mittelalter bekämpften, und sie, die sich national nennen, haben selten genug den andern Parteien eine feste Phalanx entgegengestellt. Von diesen sind bekanntlich die Sozialdemokraten ohne jeden Vorbehalt antinational, die „Klassenbewußten Genossen“ sehen in unsrer Staatsordnung trotz allen Sozialgesetzen nur den verhaßten kapitalistischen Klassenstaat. Es ist ein Jammer, zu sehen, wie sich viele Hunderttausende braver, verständiger und fleißiger Männer, auf deren Arbeit unsre wirtschaftliche Entwicklung mit beruht, und deren Väter die Siege von 1870/71 miterfochten haben, so gut wie ihre Brüder und Söhne jetzt in Südafrika stehn, von den abgedroschnen doktrinären Phrasen ihrer fanatischen und verlognen Verführer einfangen lassen, wie sie ihnen als willenlose Herde folgen, wie sie für Parteizwecke schwere Opfer bringen, um einem nicht nur unerfüllbaren, sondern auch unvernünftigen und verderblichen Traumbilde nachzulaufen, wie die sozialdemokratische Reichstagsfraktion schlechterdings als eine tote, hemmende Last am nationalen Körper hängt, statt, wenn sie ihre Zeit verstünde, der deutschen Arbeiterschaft durch positives Wirken einen wesentlichen, gesunden, berechtigten Einfluß auf die nationale Politik zu verschaffen. Das Zentrum nennt sich national, es hat bei einer Reihe von Entscheidungen im nationalen Sinne gestimmt, es umfaßt gewiß eine Menge wackerer, kenntnisreicher patriotischer Männer unter den Abgeordneten wie unter den Wählern. Aber es kann sich von den verhängnisvollen Traditionen des Kulturkampfes nicht losmachen, es ist eine deutsche Partei nur mit dem stärksten kirchlichen Vorbehalt, obwohl es für die Bewahrung der kirchlichen Rechte unsrer Katholiken einer katholischen Partei wahrhaftig längst nicht mehr bedarf, und obwohl sich der Vatikan hütet, mit dem Interesse des Zentrums sein kirchliches Interesse zu identifizieren, das weit besser gefördert wird durch ein gutes Einvernehmen zwischen Rom und Berlin als durch irgendwelche politische Partei in Deutschland.

Unter solchen Umständen ist der Reichstag geradezu ein Hohn auf seine nationale Bestimmung geworden. Was die Fremden niemals begreifen oder falsch beurteilen, das ist doch Tatsache: der Reichstag hat im letzten Vierteljahrhundert niemals eine zuverlässige nationale Mehrheit gehabt. Er ist eben der Ausdruck der ziffermäßigen Mehrheit des deutschen Volks, wie sie durch das allgemeine, gleiche und direkte Wahlrecht zum getreuen Ausdruck kommt, sodaß sich die ganze traurige politische Unreife des deutschen Volks darin spiegelt. Von der zweiten Aufgabe einer Volksvertretung freilich, die Intelligenz der Nation zu vertreten, hat sich der Reichstag immer weiter entfernt, das allgemeine Wahlrecht hat bis jetzt bei uns geradezu als eine Versicherung gegen die Herrschaft der Intelligenz und Bildung im Parlament gewirkt. Wie unendlich tief steht deshalb doch der Reichstag gegenüber dem vielverhöhten Frankfurter Professorenparlament von 1848/49! Und doch soll die Volksbildung

seitdem so sehr gestiegen sein! Daher dieses mühsame Zusammenquälen der wichtigsten nationalen Gesetze, daher die Armut der Debatten an großen Gedanken und leider auch oft der Mangel an historischen Kenntnissen, daher die Neigung zur herbsten, herunterreißenden, ja wohl ehrabschneiderischen Kritik auf ganz unsichern Grundlagen unter dem Schutze der parlamentarischen Immunität, die einst zum Schutze gegen Regierungswillkür eingeführt worden ist und jetzt der Beschränkung gegen unverantwortlichen Mißbrauch bedarf. Einst die Sehnsucht des Volks und sein Stolz, ist heute, wo Deutschland mit einer wahren Hochflut großer und kleiner Parlamente geradezu überschwemmt ist, der Parlamentarismus auf dem besten Wege, sich selbst zugrunde zu richten, je mehr die tief wurzelnden Schäden des ganzen Systems, Partei- und Liquenwirtschaft, mangelhafte Sachkenntnis und persönliche Eitelkeit, überall, bis in die Stadtvertretungen hinein, hervortreten, und der Reichstag ist auf dieser abschüssigen Bahn am weitesten vorgeschritten, weil er am meisten demokratisiert ist.

Begreiflich genug deshalb, daß sich der Deutsche im allgemeinen in seiner Haut nicht recht wohl fühlt, daß die „Schwarzseherei“, die Unzufriedenheit mit dem und jenem seine Stimmung beherrscht. Aber er sucht den Grund für das, was ihm mißfällt, nicht an sich selbst, sondern nach alter lieber Gewohnheit bei den Regierungen, die keiner Partei ganz recht sind, weil es bei uns parlamentarische Parteiregierungen nicht gibt, die vor allen Dingen die Opposition der Liberalen erwecken, weil diese zwar die Stadtverwaltungen in der Hand haben, aber in den Landesregierungen nirgends auf die Dauer zur Macht gelangt sind. Auch bedeutende Staatsmänner, sogar wirklich große Männer haben es in Deutschland immer schwer gehabt, eine sichere Mehrheit zu finden. Fürst Bismarck hat im Reichstage bekanntlich eine solche nur in den ersten Jahren gehabt, später niemals wieder, und so sehr er, so lange er im Amte war, verehrt und bewundert worden ist, so recht populär ist er erst nach seinem Sturze geworden, als sich in die Verehrung für ihn der Groll über diesen Sturz mischte. Und wie ist der Kaiser, der doch unzweifelhaft ein bedeutender Mann von selbständigem Urteil, fürstlichem Pflichtgefühl und raschem Entschlusse ist, in einem Teile der deutschen Presse fortwährend behandelt worden! Niemals ist irgendwo ein Monarch seiner Art so schändlich verkannt, so dreist gehofmeistert, so hämisch angefeindet worden wie er; die auswärtige Politik zumal leide er nach „Stimmungen“ und „Impulsen“ im „Zickzackkurs“, Behauptungen, die zugleich grobe Beleidigungen enthalten. Und warum? Weil dem Liberalen und leider dem Gebildeten überhaupt, die bei uns ja immer überwiegend kritisch gestimmt sind, die ganz un-deutsche Idee vom parlamentarischen Schattenkönigtum unbewußt tief im Blute steckt. Jedes stärkere persönliche Hervortreten, jede entschiedne Meinungsäußerung wird dem Kaiser deshalb verübelt, wird als die Äußerung eines „persönlichen“ Regiments verdächtigt, das eine „Erschütterung des monarchischen Bewußtseins“ herbeiführen könne; als ob Wilhelm der Erste im „Konflikt“ nicht wirklich höchst persönlich regiert hätte, zum Heile seines Volks! Das Recht der Persönlichkeit;

das jeder Mann für sich in Anspruch nimmt, wird ihm bestritten, was etwa der deutschen Politik nach außen nicht gelungen zu sein scheint, ihm auf die Rechnung gesetzt. Und doch bedarf kein Volk bedeutender Männer als seiner Führer so dringend wie das deutsche, dessen Volksvertretung seit Jahrzehnten so jämmerlich unfruchtbar und gedankenarm ist. Aber wir scheinen bedeutende Männer an unsrer Spitze weder ertragen noch entbehren zu können. Wir trauern um die, die wir gehabt haben, und machen denen, die wir haben, das Leben möglichst sauer; wir wollen nicht einmal sehen, daß ein Volk, das immer nur von großen Männern regiert werden will, sich selbst das Urteil spricht, denn solche sind ein unverdientes Geschenk der Vorsehung, sie können nicht gezüchtet werden. „Die Geschichte erzieht das Genie, aber sie schafft es nicht.“

Eine Nation in politischem Sinne sind wir also wirklich noch nicht. Ob wir Aussicht haben, eine zu werden?

Was uns Zweifel daran erweckt, das ist nicht gerade die augenblickliche Lage, das ist die Erkenntnis, daß alte Schwächen, alte schlechte Eigenschaften unsers Volks, die seine Entwicklung immer wieder verdorben haben, die nur in großer Zeit unter der Führung großer Männer zurückgetreten sind, daß diese jetzt, wo die dringendsten nationalen Aufgaben gelöst sind, wo wir mächtig und reich geworden sind, wieder hervorbrechen: der Kleinliche, zähe Sondergeist und der unbelehrbare Doktrinarismus, das Besserwissen und die Mörgelsucht, die Parteiwut und die Schwäche des nationalen Bewußtseins. Gutmütige Leute meinen freilich, das alles werde sich schon noch geben, die deutsche Einheit sei noch zu jung, das Volk müsse sich erst in die neuen Aufgaben hineinfinden. Wenn uns unsre lieben Nachbarn dazu nur die nötige Zeit lassen! Die Gegenwart lebt schnell. Wir sind im Osten und im Westen von Feinden und Rivalen umgeben und haben außer Österreich keinen zuverlässigen Bundesgenossen, denn Italien ist als solcher mehr als unsicher. Frankreich ist nur zu schwach, um uns allein anzugreifen, aber es stützt sich auf England, das freundnachbarlich den Kern seiner Flotte in der Nordsee, also gegen uns konzentriert; Rußland ist zwar nicht unser Feind, aber auch nicht unser Bundesgenosse und ist überdies seit langer Zeit so mit innern Schwierigkeiten beschäftigt, daß es zu jeder großen Aktion nach außen unfähig ist, und wie sich ein konstitutionelles Rußland zu uns stellen wird, das weiß kein Mensch. Der Hauptgegensatz besteht also zwischen uns und England. Er ist aber nicht eigentlich politisch, sondern wirtschaftlich. Deshalb ist unsre Situation nicht durch irgendwelche Fehler der Reichsregierung herbeigeführt worden, wovon genügend, bis zum Überdruß geredet worden ist, ohne daß solche jemals wirklich nachgewiesen worden wären — der ärgste Fehler waren die leidenschaftlichen, von Haß gegen England erfüllten bürenfreundlichen Kundgebungen des deutschen Volks, nicht der Regierung —, oder glaubt man, daß mehr erreicht worden wäre, wenn statt der Höflichkeit und Artigkeit, die der Kaiser so gern und so reichlich den Franzosen und den Engländern erwiesen hat, Grobheiten und eine herausfordernde Haltung

beliebt worden wären, so eine Politik im Hemdärmelstil? Als ob vor einer solchen, abgesehen von dem guten Geschmack, nicht schon die verhältnismäßige Schwäche unsrer Wehrkraft zur See, die man nicht durch Bramarbasieren ergänzt, warnen müßte! Die Gegnerschaft Englands hat sich das deutsche Volk selbst durch seine unermüdlische und erfolgreiche wirtschaftliche Arbeit zugezogen, von der es nicht ablassen konnte und kann. Wie kläglich nimmt sich da das Gewinsel über unsre Isolierung aus! Ist das die Weise eines großen, tapfern, selbstbewußten Volks, das einst zu seinen schönsten Sprichwörtern den stolzen Satz zählte: „Viel Feind, viel Ehr!“, dem der Dichter des „Tell“ zurief: „Der Starke ist am mächtigsten allein!“, und Bismarck unter dem Jubel des ganzen Hauses: „Wir Deutschen fürchten Gott, sonst nichts auf der Welt!“ Und wenn in der Presse jeder Schritt unsrer auswärtigen Politik bekrittelt, jeder Erfolg verkleinert oder geleugnet wird, obwohl wir in unsrer Lage auf große Erfolge, wie sie uns früher große Männer beschert haben, gar nicht rechnen können, weil wir bei jedem Schritt über See belauert und angeklagt werden, wenn unsre Reichstagsmehrheit in wichtigen nationalen Fragen immer wieder versagt und keine Gelegenheit vorbeigehn läßt, sich und Deutschland vor der Welt zu blamieren, dann erscheinen wir freilich dem Auslande nicht als eine geschlossene Nation, sondern als ein Haufe hadernder Parteien, dann muß es denken und denkt es auch, daß die Nation gar nicht hinter unsrer Reichsregierung und ihrer Politik steht, und es wird unter Umständen danach handeln.

Urpöblich, für die meisten völlig überraschend, ist nun das deutsche Volk durch die Auflösung des Reichstags am 13. Dezember vor eine neue Situation gestellt worden, wo es zeigen kann, ob es eine Nation ist. Eine unbegreiflich kurzsichtige und ungeschickte, von Nachsicht und Übermut diktierte Haltung hat das sonst so klug geleitete Zentrum seines scheinbar fest gegründeten Einflusses auf die Reichsregierung mit einem Schlage beraubt, hat den Ruf einer nationalen Partei, den es in Anspruch nahm, zerstört, hat es hinübergeschoben an die Seite der so oft von ihm zurückgewiesenen Sozialdemokratie und anderer notorischer Reichsfeinde, zu denen es doch nie gehören wollte und nicht gehört. Wie kam es nun doch, daß die gesamte Linke bei der Verkündung der kaiserlichen Auflösungsbotschaft in stürmischen Jubel ausbrach und die überfüllten Tribünen Beifall klatschten, daß durch das weite Reich ein allgemeines Gefühl der Befreiung ging? Weil die Lage unerträglich geworden war, diese im Dunkeln schleichende „Nebenregierung“ des Zentrums, diese „Eiterbeule“ ungesegelter Beeinflussung der Reichsverwaltung im Interesse des Zentrums und seiner oft recht wenig würdigen Schützlinge, die Dernburg tapfer aufstach, dieser elende „Ruhhandel“, mit dem das Zentrum sich jede Bewilligung im nationalen Interesse mit irgendeinem Zugeständnis auf kirchlichem und anderm Gebiete bezahlen lassen wollte, und den doch die Reichsregierung nicht vermeiden konnte, weil sie bei der Schwäche und der Zersplitterung der konservativen und der liberalen Parteien eine Mehrheit ohne das Zentrum nicht bilden konnte. Vor diesen

Tatsachen brechen alle Anklagen gegen ihre Haltung zusammen; nicht sie war dafür verantwortlich, sondern das deutsche Volk, das ihr keine sichere vorbehaltslos nationale Mehrheit zur Verfügung stellte.

Eine solche ihr zu schaffen, das ist die nächste und dringendste Aufgabe der bevorstehenden Reichstagswahlen. Es gilt Reichstag und Reichsregierung von jeder geheimen „Nebenregierung“ zu befreien, es gilt weiter, dem deutschen Bürgertum einen seiner wirtschaftlichen und geistigen Bedeutung entsprechenden legitimen Einfluß auf die Geschicke der Nation wieder zu erringen, es gilt endlich die schicksalsvolle Frage zu entscheiden, ob das Reich seine südwestafrikanische Kolonie, die Hunderte von Millionen und mehr als tausend Menschenleben gekostet hat, die deutscher Boden geworden ist durch deutsches Geld, deutsche Arbeit und deutsches Blut, schimpflich, zu seiner unauslöschlichen Schande aufgeben oder behaupten soll, d. h. ob es die mühsam errungne Stellung unter den Weltmächten festhalten und ausbauen oder in seinen längst zu engen Grenzen verkümmern und aufhören soll eine moderne Großmacht zu sein, ob es also sein Ansehen erhalten oder unter dem Hohngelächter der Welt verlieren soll, d. h. sich selbst aufgeben soll, denn ohne Ehre kann ein Volk so wenig leben wie ein Mann. In einer Nation, einer, die es ist, dürften solche Fragen überhaupt nicht gestellt werden. Um diese großen Ziele handelt es sich, und sie dürfen nicht verdunkelt werden, weder durch die Behauptung, das Zentrum sei ja bereit gewesen, die Regierungsvorlage anzunehmen, es habe sich um eine Differenz von nur 9 Millionen gehandelt, noch durch den ganz unpolitischen Gedanken, der hier und da schon in liberalen Blättern spukt, zum „Freiheitskampfe gegen Rom“ aufzurufen. Nein, von dem kommenden Wahlkampf muß jedes kirchenpolitische, geschweige denn jedes konfessionelle Element aufs entschiedenste ferngehalten werden, wenn wir nicht den unglückseligen „Kulturkampf“ erneuern und unsre katholischen Mitbürger, auf deren Patriotismus wir doch auch hier rechnen, tödlich kränken wollen. Irgendwelche konfessionelle Politik können vollends nur verblendete Heißsporne für möglich halten. Der Kampf geht um die Ehre und die Zukunft der ganzen Nation, nicht um kirchenpolitische Gegensätze. Selten hat ein Jahr unter so ernsten Ausichten begonnen wie 1907; es wird auf lange Zeit über unser Schicksal entscheiden, und diese Entscheidung liegt in den Händen des deutschen Volks. Der Ausgang des Kampfes wird die Antwort geben auf die Frage, von der wir ausgegangen sind. \*

